

## **Beate Müller-Gemmeke**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

[www.mueller-gemmeke.de](http://www.mueller-gemmeke.de)

## **Bundestagskandidatin**

von Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis Reutlingen  
Gartenstraße 18  
72764 Reutlingen  
Tel: (07121) 9092411  
Fax: (07121) 9943186  
[beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de](mailto:beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de)

Reutlingen, 18.07.2013

## **Renten Kürzungen verhindern - Schutz vor Altersarmut verbessern**

Unser Rentensystem wird den vielfältigen Anforderungen an eine sozialverträgliche und solidarische Alterssicherung nicht mehr gerecht, sondern bedeutet unter den jetzigen Bedingungen für viele eine Rentenkürzung durch die Hintertür. Altersarmut ist schon heute ein Problem. In diesem Sinne bin ich Opposition in der eigenen Partei und lehne die Rente mit 67 ab. Meine Partei steht zwar weiterhin grundsätzlich zur Rente mit 67, aber dennoch konnte ich einen Teil dazu beitragen, dass notwendige Voraussetzungen dafür gefordert werden. So steht im grünen Programm, dass die Rente mit 67 nur vertretbar ist, „wenn sie mit besseren Arbeitsmarktchancen für Ältere einhergeht. Dafür braucht es mehr altersgerechte Arbeitsplätze, bessere betriebliche Gesundheitsförderung und individuelle Übergangslösungen in den Ruhestand“. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, das ist mir aber noch zu wenig. Ich werde also weiter für umfängliche Änderungen bei der Rente kämpfen.

Die Arbeitsbelastung ist individuell und auch entlang der verschiedenen Branchen und Berufsgruppen sehr unterschiedlich. Denn es macht einen Unterschied, ob jemand lange Zeit am Bau, in der Altenpflege oder Universitätslehre tätig war und ob jemand mit 15 Jahren oder erst mit 30 Jahren in das Berufsleben eingestiegen ist. Gerade auch Jüngere werden im Vergleich zu Älteren keine wirklich bessere Bilanz der erwerbsbiografischen Belastung aufweisen, denn sie haben lange prekäre Berufseinstiege und in der Folge auch lückenhafte Versicherungsbiografien. Ebenso darf nicht vergessen werden, dass körperliche Belastungen am Arbeitsplatz nicht nur Dachdecker oder Bauarbeiter, sondern auch Frauen betreffen, die als Verkäuferin, Sekretärin, Putzfrau oder Krankenschwester und oft in niedrig entlohnten Tätigkeiten harte körperliche oder psychisch belastende Arbeit leisten müssen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass nach wie vor Frauen den größten Teil der Hausarbeit, der Kindererziehung und der Pflege Angehöriger übernehmen – häufig neben einer Erwerbstätigkeit. Deshalb kann das Erreichen einer abschlagsfreien Rente nicht unterschiedslos für alle gleich ausgestaltet werden. Nur so bleibt unser Rentensystem solidarisch und schützt in der Folge vor Altersarmut.

### **Fließende Übergänge in den Ruhestand**

Die Anhebung der Regelaltersgrenze für eine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente durch die große Koalition war ein großer Fehler, der rückgängig gemacht werden muss, denn in manchen Berufen können die Beschäftigten nicht gesund alt werden. Zudem lehne ich grundsätzlich die Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente ab. Wer krankheitsbedingt nicht mehr arbeiten kann, darf nicht mit Abschlägen bestraft werden. Zudem sollen Beschäftigte, die langjährig Beiträge eingezahlt haben, nach 45 Versicherungsjahren unabhängig vom Alter eine Rente ohne Abschläge beziehen können.

Ebenso sollen ältere Menschen ab dem 60. Lebensjahr durch eine Teilrente mehr Möglichkeiten erhalten, entsprechend der individuellen Situation verschiedene Kombinationen von Erwerbstätigkeit und Rentenbezug freier als bisher selbst wählen können. Die Zeit ihrer Erwerbsarbeit sollen sie verlängern können, wenn dem nicht gesundheitliche Gründe entgegenstehen oder auch kürzen, wenn ihre Tätigkeit gesundheitsbelastend war.

### **Altersarmut verhindern**

Altersarmut ist schon heute Realität und wird in Zukunft drastisch zunehmen. Die Ursachen dafür sind vielfältig – beispielsweise durch die Zunahme unterbrochener Erwerbsbiographien, die Ausweitung des Niedriglohnssektors, die steigenden Zahlen von Selbstständigen und freiberuflich Tätigen mit geringen Einkommen und fehlender bzw. nur unzureichender Alterssicherung. Deswegen ist ein besserer Schutz vor Altersarmut unerlässlich.

Deshalb haben wir in der Fraktion das Konzept einer steuerfinanzierten Garantierente entwickelt. Denn es ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Würde, dass Menschen, die langjährig rentenversichert waren, im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen sind. An diesem Punkt bin ich mit meiner Partei auf einer Linie. Nach 30 Versicherungsjahren sollen die Beschäftigten eine Rente oberhalb der Grundsicherung erhalten, also mindestens 850 Euro. Als Voraussetzungen gelten alle Versicherungszeiten – Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, Ausbildung, Pflege und Kindererziehung bis zum 10. Lebensjahr. Es wird nicht zwischen Voll- und Teilzeit unterschieden. Davon profitieren insbesondere auch die Frauen.

### **Bürgerversicherung einführen**

Wir wollen die Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung ausbauen, in die alle – auch Beamte, Selbstständige und Abgeordnete – auf alle Einkommensarten einzahlen. Auch das ist eine Frage der Gerechtigkeit und des Solidarprinzips. Eine Bürgerversicherung ist aber auch ökonomisch nachhaltig, denn so wird das Rentensystem stabilisiert und so kann auch das Rentenniveau angemessen hoch gehalten werden. Denn das Rentenniveau muss selbstverständlich weiter über 50% liegen, damit die Akzeptanz der Rente erhalten bleibt. Gleichzeitig werden mit der Bürgerversicherung Versicherungslücken geschlossen und Ansprüche aufgebaut, die präventiv vor Altersarmut schützen. Als erste Schritte wollen wir wieder Mindestrentenbeiträge für Erwerbslose einführen, die Minijobs und die bisher nicht pflichtversicherten Selbstständigen in die Rentenversicherung einbeziehen.

### **Gute Arbeit**

Zu guter Arbeit gehören unabdingbar auch faire Löhne. Sie schützen die Beschäftigten nicht nur vor Altersarmut, sondern stabilisieren das Rentenniveau für alle. Realität ist aber, dass sich die Löhne in den letzten Jahren nicht mehr entsprechend der Produktivität entwickelt haben. Im Gegenteil – die Löhne sind inflationsbereinigt gesunken. 23% der Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnssektor. Die Tendenz zu Leiharbeit und Auslagerung mittels Werkverträgen nimmt weiterhin zu. Die weißen Flecken der Tariflandschaft werden größer durch unverminderte Tariffucht. Insgesamt muss festgestellt werden, dass das Tarifvertragssystem nicht mehr überall funktioniert und deshalb politisch gestützt und gestärkt werden muss. Deshalb wollen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro einführen. Weiter wollen wir die Voraussetzungen verbessern für mehr branchen- und regionenspezifische Mindestlöhne und mehr allgemeinverbindlich erklärte

Tariflöhne, die dann für alle Beschäftigten einer Branche gelten. Zudem wollen wir bei der Leiharbeit den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ab dem ersten Tag und einen Flexibilitätsbonus einführen und das Lohndumping durch zweifelhafte Werkvertragskonstruktionen und Scheinselbstständigkeit verhindern.

Viele ältere Beschäftigte sind den physischen und psychischen Anforderungen ihres Arbeitsplatzes schon heute nicht bis zum Renteneintritt gewachsen. Es ist ein eindeutiges Warnsignal, wenn psychische Erkrankungen mit zurzeit 42 Prozent die Hauptursache für Frühverrentungen sind. Verantwortlich dafür ist die steigende Arbeitsintensität. Gleichzeitig haben sich die Arbeitszeiten wieder verlängert. Flexible, nicht planbare Arbeitszeiten werden zur Normalität, Schicht- und Nachtarbeit nahmen ebenfalls zu und immer mehr Menschen arbeiten auch am Wochenende. Die Belastungen steigen auch durch geringe Einflussnahme auf die Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte, einseitige körperliche Beanspruchung ohne ausreichende Ruhepausen sowie Stress, Verunsicherung und Entwertung des eigenen Arbeitsvermögens durch atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

All diese Faktoren erhöhen die psychischen Gefährdungen am Arbeitsplatz und erschweren eine längere Lebensarbeitszeit. Der Leistungswandel während und am Ende eines Arbeitslebens ist aber kein individuelles und ebenso kein altersbedingtes Problem. Abnehmende Leistungsfähigkeit und Krankheit entstehen vielmehr durch schlechte und belastende Arbeitsbedingungen. Notwendig sind also alters- und altermgerechte Arbeitsbedingungen. Deshalb fordern wir eine Anti-Stress-Verordnung zum Schutz der Beschäftigten. Gefährdungsbeurteilungen müssen die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz beinhalten und verbindlich – auch altersbezogen und geschlechtsspezifisch – durchgeführt werden. Notwendig sind auch personell besser ausgestattete Aufsichtsbehörden und angemessene Sanktionsmöglichkeiten.

### **Beschäftigungsquote von Älteren erhöhen**

Über Jahrzehnte wurden ältere Beschäftigte frühzeitig und häufig gegen ihren Willen aus ihren Jobs gedrängt. Noch immer werden von Arbeitgebern bei Einstellungen bereits 50-Jährige als zu alt für das Erwerbsleben eingeschätzt und Beschäftigte über 55 Jahre aus den Beschäftigungsverhältnissen gedrängt. Stärken und Potenziale Älterer werden gegenwärtig nicht in ausreichendem Maße erkannt, gefördert und genutzt. Dennoch müssen alle, die zwangsläufig vorzeitig Rente in Anspruch nehmen, erhebliche Rentenabschläge in Kauf nehmen. Es sind Anstrengungen notwendig, um hier einen grundlegenden Wandel zu erreichen. Wir brauchen ein vorausschauendes Personalmanagement und passgenaue Weiterbildung insbesondere für geringqualifizierte und ältere Beschäftigten in den Betrieben. Zwingend notwendig ist vor allem auch die Förderung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen über das SGB II und III für Ältere und Geringqualifizierte. Deshalb müssen die Kürzungen der schwarz-gelben Regierung in der aktiven Arbeitsmarktpolitik rückgängig gemacht werden.